



SPD-Kreistagsfraktion , Reeser Landstr. 31, 46483 Wesel

An den  
Landrat des Kreises Wesel  
Dr. Ansgar Müller  
im Hause

0281/207-2006  
spd-fraktion@kreis-wesel.de  
Wesel, 29. Mai 2019/new.

An die/den  
Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppe z. K.

### **Resolution zur gerechten Fördermittelverteilung**

*Antrag der SPD-Kreistagsfraktion für den Kreisausschuss und den Kreistag*

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Müller, sehr geehrte Damen und Herren,  
die SPD-Fraktion bittet um die Aufnahme des Tagesordnungspunktes

### **Resolution zur gerechten Fördermittelverteilung in Folge des Abschlussberichts der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“**

für die nächste Sitzung des Kreisausschusses und des Kreistages.

#### Begründung

Der Kreis Wesel mit seinen kreisangehörigen Kommunen hat den wirtschaftlichen Strukturwandel nach Beendigung des Steinkohlebergbaus erfolgreich gestaltet. Nun muss auch der von der Bundesregierung beschlossene Ausstieg aus der Energiegewinnung durch die Steinkohle gemanagt werden, um die wichtigen ökologischen Ziele Deutschlands zu erreichen.

Die Bundesregierung hat richtigerweise erkannt, dass bei der Stilllegung von Kraftwerken Unterstützungsleistungen für die betroffenen Standorte notwendig sind. In Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen sind jedoch nicht nur Braunkohle-, sondern auch Kohlekraftwerksstandorte, wie das Steag/RWE-Kraftwerk in Voerde-Möllen, von den früheren und aktuellen energiepolitischen Grundsatzentscheidungen der Bundesregierung betroffen. Beide Kraftwerkstypen, Braun- und Steinkohlekraftwerke müssen in gleichem Maße Unterstützung erhalten.

Insbesondere die Flächen der Kraftwerksstandorte sind eine wesentliche Ressource und bieten eine Chance, relevante Wertschöpfung zu realisieren. Die Beseitigung stillgelegter Kraftwerke und eine Weiterentwicklung der Flächen zu Wohn-, Gewerbe-

oder Industriegebieten erfordern jedoch finanzielle Ressourcen, die die Kraft von Kommunen wie Voerde deutlich übersteigt.

## Resolution

Der Kreistag Wesel fordert

- die Bundesregierung auf, Änderungen im Eckpunktepapier zur Umsetzung der strukturpolitischen Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vorzunehmen **oder** das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ **nicht** anhand der im Kabinett beschlossenen Eckpunkte auszurichten.
- die Bundesregierung auf, die Bedarfe aller in Folge ihrer energiepolitischen Grundsatzentscheidungen stillgelegten Kraftwerksstandorte - wie auch das in Voerde-Möllen - in ihren Förderkriterien zu berücksichtigen, um die vorhandenen Kraftwerksbrachen in prosperierende Flächen verwandeln zu können.
- die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung für Änderungen im Eckpunktepapier stark zu machen und eine Gesetzesinitiative anhand der im Bundeskabinett beschlossenen Eckpunkten zu verhindern.
- die Landesregierung auf, mit den betroffenen Kommunen in NRW in einen nachhaltigen Dialogprozess zur Nachnutzung von Flächen ehemaliger Kohlekraftwerke zu treten.

## **Sollte die Bundesregierung ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, fordert der Kreistag**

- die Landesregierung auf, eigene, ergänzende Förderprogramme und strukturpolitische Maßnahmen für die Nachnutzung von Flächen ehemaliger Kohlekraftwerke auf den Weg zu bringen,
- die Bundes- und die Landesregierung auf, gemeinsam einen Fonds mit Fördermitteln einzurichten, der die Finanzierung der Flächenentwicklung unterstützt.



Gerd Drüten  
Vorsitzender